

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 418.15 / 14.10.2015

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 41 – Pestizidrückstände in Gewässern

Dazu sagt die umweltpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Marlies Fritzen:

Die Pestizidbombe tickt

Meine Damen und Herren,

Der Begriff „Pflanzenschutzmittel“ geht mir nicht leicht über die Lippen. Es ist ein Euphemismus für die Tatsache, dass zwar erwünschte Pflanzen geschützt, unerwünschte Pflanzen oder unerwünschte Organismen jedoch abgetötet werden.

„Unkraut-“ oder „Insektenvernichtungsmittel“ trifft eher den Kern der Sache. Es sind synthetische, in der Natur nicht vorkommende Substanzen, die ganz oft die Falschen treffen, weil sie nämlich nicht zwischen „Nützlich“ und „Schädling“ unterscheiden. Und somit eben auch so genannte Nichtzielorganismen treffen.

Im Fall des Grundwassers, aus dem wir in Schleswig-Holstein zu 100 Prozent unser Trinkwasser gewinnen, ist dieser Nichtzielorganismus der Mensch. Die Pestizidbelastung in für die menschliche Gesundheit bedenklicher Konzentrationen hatte in Schleswig-Holstein bereits die Stilllegung von Förderbrunnen zur Folge.

Wir wissen seit langem, hier tickt eine Zeitbombe, nur hören will sie kaum einer. Weil die Pestizide oft erst nach Jahrzehnten den Weg durch den Boden in die Grundwasserschichten gefunden haben, messen wir heute Stoffe im Trinkwasser, die seit langem verboten sind.

Und auch dies ist seit Jahren gleich geblieben: Neu entwickelte Stoffe werden als völlig unbedenklich, leicht abbaubar gepriesen und erst nach jahrelangem massenhaften Ein-

satz erleben wir die fatalen ökologischen oder gesundheitlichen Folgen.

Dann werden Verbote oder Anwendungsbeschränkungen erlassen, die Industrie entwickelt neue, angeblich noch wirksamere und noch ungefährlichere Stoffe, und weitere Jahrzehnte später schlagen sich die Wasserversorger, die Untersuchungslabors, die Überwachungsbehörden mit den alten Wirkstoffen und ihren giftigen Abbauprodukten herum.

Aus so genannten Pflanzenschutzmitteln sind dann längst Schadstoffe geworden, die letztlich auch die menschliche Gesundheit bedrohen. Es entspricht allerdings nicht dem Verursacherprinzip, dass die Wasserversorger, die Wasserkunden und der Steuerzahler mit diesen Kosten belastet werden.

Pflanzenschutzmittel in Flüssen und Seen mögen im ersten Moment einigen weniger brisant erscheinen als im Grundwasser. Wir trinken dieses Wasser ja nicht. Trotzdem gibt es infolge der EU-Wasserrahmenrichtlinie auch strenge Vorgaben für zulässige Konzentrationen von Schadstoffen in Oberflächengewässern.

Dies ist auch gut so, denn zum einen sind Oberflächengewässer und Grundwasserleiter natürlich nicht völlig getrennte Systeme. Zum anderen schädigen diese Schadstoffe Lebensgemeinschaften der Gewässer und reichern sich in der Nahrungskette an. Der Wirkstoff Glyphosat, von der Weltgesundheitsorganisation kürzlich als „wahrscheinlich krebserregend“ eingestuft, verbreitet sich immer mehr in die Umwelt und wurde bereits in einigen Schleswig-Holsteinischen Seen und häufiger noch in Fließgewässern nachgewiesen.

In Schleswig-Holsteins Flüssen und Bächen finden sich nahezu flächendeckend Pestizide. An 327 Messstellen wurden Wasserproben entnommen, an 298 Messstellen wurden Wirkstoffe nachgewiesen. Das Landeslabor untersucht die Wasserproben auf etwa 125 verschiedene Pestizide und deren Abbauprodukte.

Das ist die neue Vielfalt der „modernen“ Landwirtschaft. Keine Vielfalt mehr auf dem Acker, dafür aber ein vielfältiger Chemiecocktail in den Gewässern. Eine Strategie für eine Reduzierung des Einsatzes von Pestiziden ist erforderlich. Die bisher erfolgten Maßnahmen reichen nicht aus.

Eine Landwirtschaft ohne den Einsatz von Pestiziden ist möglich, dies zeigt der ökologische Landbau. Aber auch die konventionelle Landwirtschaft muss einen Beitrag leisten. Die Augen weiter zu verschließen hilft nicht: wir brauchen konkrete Maßnahmen, und wo Freiwilligkeit nicht reicht, müssen gesetzliche Regelungen her.
